



POLITIK

Als Bombenbauer verdächtigt: Schüler will...



POLITIK

Griechenland/ Mazedonien: Drama am Tor zur...



WIRTSCHAFT

VW-Skandal: Ermittlungen wegen hinterzogener

...



DIE WELT - SPONSORED

Online-Händler unterschätzen Kosten für...



2015



empfohlen von

Cookies helfen uns bei der Erbringung unserer Dienste. Durch die Nutzung unserer Angebote erklären Sie sich mit dem Setzen von Cookies einverstanden.

[Weitere Informationen](#) [OK](#)

Regierung bei Pensions-Milliarden im Infight



Foto: APA/HERBERT NEUBAUER

Hans Jörg Schelling will Pensionsreform.

Nach der Bildungsreform soll die Pensionsreform kommen. Der Inhalt ist höchst umstritten.



Michael Bachner

25.11.2015, 06:00



Just für den "Schalttag" 29. Februar 2016 haben sich SPÖ und ÖVP nicht weniger als die Vorlage einer weiteren Pensionsreform vorgenommen. Wie gegen einen der ärgsten Kostentreiber im Budget vorgegangen werden könnte, darüber scheiden sich freilich die Geister.

Die ÖVP will im Sinne der Sicherung künftiger Pensionen am liebsten sofort schalten und redet unter anderem einer Pensionsautomatik das Wort. Bei solchen Modellen wird das Antrittsalter parallel zur steigenden Lebenserwartung "automatisch" angehoben. Auch Pensionsexperten wie Bernd Marin unterstützen eine solche Automatik, weil noch immer der

Großteil der Österreicher lange vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter in den Ruhestand wechselt.

Setzen von Cookies einverstanden.

[Weitere Informationen](#)

OK

Die SPÖ steht bei diesem Thema auf der Bremse und verweist momentan auf Zweierlei: Das Pensionsantrittsalter steigt – von 2014 auf 2015 um immerhin 13 Monate. Und: Bis 2019 steige der Bundeszuschuss zu den Pensionen ohnehin nur von 10,4 auf 12,5 Milliarden Euro.

Milliarden-Ersparnis

Bei seiner Budgetplanung war Finanzminister Hans Jörg Schelling noch von einem Anstieg auf 13,3 Milliarden ausgegangen. Klingt nach einer geringen Differenz, ergibt aber über einen Zeitraum von fünf Jahren kumuliert betrachtet, eine Ersparnis von 3,2 Milliarden Euro, sagen SPÖler.

Die Roten wollen daher den 29. Februar eher zur Analyse und Diagnose nutzen und mit Stand heute keine weiteren Verschärfungen im Pensionsrecht zulassen. Eine Ausnahme könnten die Regelungen zur Invaliditätspension sein, hier gebe es ein echtes Problem. Die hohe Zahl an Invaliditätspensionen aufgrund psychischer Erkrankungen könne man nicht hinnehmen, sagt Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

(kurier) Erstellt am 25.11.2015, 06:00

Nicht verpassen



Cookies helfen uns bei der Erbringung unserer Dienste. Durch die Nutzung unserer Angebote erklären Sie sich mit dem Setzen von Cookies einverstanden.
[Weitere Informationen](#) [OK](#)



CHRONIK

Kupferkabeldieb geriet in Starkstrom und verbrannte

In einem leerstehenden Wiener Fabrikgebäude starb ein Mann bei versuchtem Diebstahl.



POLITIK

Dschihadismus-Experte rechnet mit weiteren

Die Ereignisse in Paris sind für Politologen Schmidinger "eine geplante, akkordierte Aktion".

empfohlen von

Posten

12

Schreiben Sie jetzt hier Ihre Meinung

POSTEN >

ERNST ADAMEK vor 5 Minuten

Melden 1 0

wird ja wieder die pensionisten stark treffen und gekürzt!es wollen genug länger arbeiten aber wo sind den die arbeitsplätze!!!aber von dieser regierung ist nichts zu erwarten die gehört weg!!aber von der ÖVP ist für kleine arbeiter und angestellte nichts zu erwarten!!!

← ANTWORTEN

WALTER SERRO vor 42 Minuten

Melden 2 1

Die Roten analysieren lieber und lassen den Schwarzen die notwendigen und unangenehmen Sachen machen.

Die SPÖ ist eine Schönwetterpartei die zur eigenen Machtabsicherung solange verteilt, bis alles wirtschaftlich und - und leider seit jüngst erst erfahren - auch sicherheitstechnisch alles im Argen liegt. Ein Haufen von unverantwortlichen Sesselklebern.

← ANTWORTEN

Cookies helfen uns bei der Erbringung unserer Dienste. Durch die Nutzung unserer Angebote erklären Sie sich mit dem

Setzen von Cookies einverstanden.

Weitere Informationen

OK

Alle Posts anzeigen

Neueste Meldungen

08:30 - INLAND

Asylgesetznovelle verursacht Mehrkosten beim VwGH

06:00 - INLAND

"Streitbarer Bundespräsident": FPÖ entscheidet als letzte Partei

06:00 - INLAND

Regierung bei Pensions-Milliarden im Infight

20:00 - INLAND

Chaos im Heer verhindert Verpflegung der Flüchtlinge

17:41 - INLAND

Schweden verschärft Gesetze für Asyl

16:53 - INLAND

OECD-Studie: Österreich international Schlusslicht

13:12 - INLAND

Frauenbild von Islam-Vertreter sorgt für Aufregung

nteressieren



Cookies helfen uns bei der Erbringung unserer Dienste. Durch die Nutzung unserer Angebote erklären Sie sich mit dem Setzen von Cookies einverstanden.
[Weitere Informationen](#) [OK](#)



POLITIK

Als Bombenbauer verdächtigt: Schüler will

© Kurier.at - Wien 2015

Die Anwälte von Ahmed Mohamed fordern von der Schule und der Kommune 15 Millionen Dollar.



CHRONIK

Fahndung: Betrug um mehr als 150.000 Euro

Die Verdächtigen dürften Postsendungen abgefangen und Rechnungen gefälscht haben.

empfohlen von

Cookies helfen uns bei der Erbringung unserer Dienste. Durch die Nutzung unserer Angebote erklären Sie sich mit dem Setzen von Cookies einverstanden.

[Weitere Informationen](#) [OK](#)